

Wer wissenschaftliche Erkenntnisse und Technik gebrauchen will, muß zwischen Nutzen und Risiken abwägen. Dabei wissen wir, daß alle menschliche Erkenntnis Risiken nicht vollständig ausschließen kann. Gerade darin liegt die besondere Herausforderung für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Technik. Nicht alles, was technisch möglich und ökonomisch vorteilhaft ist, ist unter humanen Gesichtspunkten wünschenswert oder ethisch vertretbar.

Beim Umgang mit Wissenschaft und Technik orientieren sich CDU und CSU an drei ethischen Prinzipien: Wahrung der Würde des Menschen, Verantwortung für die Natur und Verpflichtung gegenüber den künftigen Generationen.

Die Würde des Menschen gebietet, für ein Leben in Frieden und Freiheit, ohne Hunger und Not, in einer intakten Natur und in einer Gesellschaft einzutreten, die ein Leben in verantworteter Freiheit ermöglicht. Wissenschaft und Technik erhalten ihre ethische Rechtfertigung, sofern sie der Verwirklichung dieser Güter und Ziele dienen.

Deshalb darf die Würde des Menschen durch gentechnologische Experimente mit menschlichem Leben nicht verletzt werden. Der Mensch darf nicht zum Gegenstand genetischer Manipulationen herabgewürdigt werden.

Die Natur ist Schöpfung Gottes. Die Ehrfurcht vor ihr verpflichtet uns, der heutigen und den nachfolgenden Generationen die Schönheit und die Vielfalt der Natur als eine wesentliche Grundlage eines menschenwürdigen Daseins zu erhalten.

Der Einsatz neuer Technologien und Eingriffe in die Natur müssen gegenüber Kindern und Kindeskindern verantwortet werden. Deshalb darf die gegenwärtige Generation nicht die Lebensgrundlagen künftiger Generationen gefährden oder zerstören.

Verantwortung für die Zukunft bedeutet auch, für die Zukunft vorzusorgen. Was wir heute für Wissenschaft und Forschung ausgeben, investieren wir in unsere eigene Zukunft und die unserer Kinder. Forschung heute bedeutet neue Technologien und neue

Lösungsmöglichkeiten morgen im Kampf gegen regionale Nahrungsmittelknappheit, für besseren Umweltschutz, für die Bekämpfung von heute noch unheilbaren Krankheiten, von Arbeitslosigkeit und Armut.

14. Wir stärken den selbständigen Mittelstand

Mittelständische Unternehmen bilden das Rückrat unserer Wirtschaft.

Kleine und mittelständische Unternehmen passen sich strukturellen Veränderungen schneller an und besitzen ein hohes Maß an Innovationskraft. Gerade kleine und mittlere Unternehmen gewährleisten, daß Arbeitsplätze in der Nähe des Wohnortes angeboten werden und die Menschen Arbeit in ihrer Heimat finden. In überschaubaren kleinen und mittleren Betrieben können die Mitarbeiter besonders gut zusammenarbeiten. Unsere Steuerpolitik und eine verbesserte Kapitalmarktfiananzierung werden die Eigenkapitalkraft mittelständischer Betriebe stärken. Dem dient auch unser neues Unternehmensbeteiligungsgesetz.

Die von den Unionsparteien geschaffenen und ausgebauten Förderungsprogramme für Selbständige haben eine Existenzgründungswelle ausgelöst und damit zum Wirtschaftsaufschwung beigetragen und neue Arbeitsplätze geschaffen. Wir werden diese bewährten Förderprogramme in der kommenden Legislaturperiode weiterführen und noch wirksamer gestalten.

Die Angehörigen der freien Berufe sind Wesenselement einer freiheitlichen Gesellschaft. Der Staat hat dafür zu sorgen, daß die Qualitätsstandards für die Berufsausübung gewahrt bleiben. Die freien Berufe dürfen nicht bei der Eigenvorsorge für Alter und Berufsunfähigkeit benachteiligt werden. Wir lehnen eine Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer ab.

Die Wettbewerbsordnung ist der Kern einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Ein leistungsfähiger Mittelstand ist eine Grundvoraussetzung für funktionierenden Wettbewerb.

Eine ausgewogene Unternehmensstruktur, in der Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen in einem fairen Leistungswettbewerb stehen, ist die Grundlage einer leistungsfähigen Wirtschaft.

Zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen muß das geltende Kartellrecht konsequent angewandt und im Bereich der Fusionskontrolle und des Leistungswettbewerbs verbessert werden. Durch eine Verbesserung der Kriterien der Fusionskontrolle soll dem weiteren Konzentrationsprozeß, insbesondere im Handel, Einhalt geboten werden. Das Instrumentarium der Mißbrauchskontrolle gegenüber marktstarken Unternehmen muß wirksamer gestaltet werden.

Bei der Bewertung von Unternehmensgrößen muß aber berücksichtigt werden, daß Großunternehmen nicht nur auf dem deutschen, sondern auf den Märkten Europas und der ganzen Welt tätig sind.

15. Wir werden die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe sichern

Seit vier Jahrzehnten treten CDU und CSU konsequent für eine Agrarpolitik ein, die den bäuerlichen Familien ihr Eigentum und ihre Selbständigkeit sichert und ihnen erlaubt, ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften.

Die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft befindetet sich heute in einer Krise, weil SPD/FDP-Bundesregierungen jahrelang Probleme vor sich hergeschoben haben. CDU und CSU haben besonders auch in der Landwirtschaftspolitik ein schweres Erbe übernommen.

Wir wollen vordringlich die Überproduktion schrittweise beseitigen, um wieder eine aktive Markt- und Preispolitik möglich zu machen. In den vor uns liegenden schwierigen Übergangsjahren werden wir den Landwirten durch flankierende Maßnahmen helfen.

Mittel- und langfristig läßt sich ein Gleichgewicht auf den Agrarmärkten erreichen, wenn es gelingt, die Erzeugung und

Verwendung nachwachsender Rohstoffe auf EG-Ebene auszu-
dehnen. Sie eröffnet der Landwirtschaft neue Absatzmöglich-
keiten und trägt dazu bei, mit den begrenzten Rohstoff- und
Energievorräten sparsam umzugehen. Das sichert gleichzeitig
zusätzliche politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit
sowie dauerhafte Arbeitsplätze auch in ländlichen Räumen
und stellt einen Beitrag zum Umweltschutz dar.

Eine Möglichkeit, das Überschußproblem EG-weit anzugehen,
ist die freiwillige Aufgabe der Nahrungsmittelproduktion.
Dies kann durch die Herausnahme von Flächen aus der Pro-
duktion erreicht werden.

Bei einem Programm der Flächenstillegung ist die Funktions-
fähigkeit des ländlichen Raumes zu erhalten. Auf die be-
sondere Situation in den benachteiligten Gebieten ist Rück-
sicht zu nehmen. Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe müssen
gleichermaßen die Möglichkeit haben, sich freiwillig an ent-
sprechenden Maßnahmen zur Marktentlastung zu beteiligen.
Die Bemühungen um einen Abbau der Überschüsse dürfen in der
EG nicht durch Futtermittelimporte aus Drittländern unter-
laufen werden.

Ziel unserer Landwirtschaftspolitik ist es, eine möglichst
große Zahl bäuerlicher Betriebe als Voll-, Zu- und Nebener-
werbsbetriebe zu erhalten, die Funktionsfähigkeit und die
Infrastruktur des ländlichen Raumes nachhaltig zu sichern
und die Kulturlandschaft zu erhalten. Wir wollen daher:

- angemessene Einkommen für die bäuerlichen Betriebe er-
reichen;
- die natürlichen Lebensgrundlagen durch die bäuerliche
Landwirtschaft wahren und keine Verfälschung und Ver-
schlechterung deutscher Qualitätsnormen zulassen;
- breitgestreutes Eigentum in der Landwirtschaft sichern;
- den ländlichen Raum als einen Lebens- und Wirtschaftsraum
erhalten und entwickeln, der den Verdichtungsräumen
gleichwertig ist.

CDU und CSU wollen im Interesse der bäuerlichen Familienbetriebe EG-weit die Massentierhaltung begrenzen, Bestandsobergrenzen einführen und eine Begrenzung der Futtermittelimporte erreichen.

Darüber hinaus werden wir in einem Strukturrahmengesetz auf Bundesebene die Kriterien für die bäuerlichen Familienbetriebe festlegen, um Agrarfabriken von der Gewährung von Einkommenshilfen (u.a. 5 % Mehrwertsteuer) nachhaltig auszuschließen.

Das System der europäischen Agrarmarktordnung, das sich im Grundsatz bewährt hat, muß an die neuen Bedingungen auf den europäischen Märkten und den Weltmärkten sowie an die unterschiedliche Struktur in der Gemeinschaft angepaßt werden.

Die Mittel der Marktstützung müssen den Bauern unmittelbar zugute kommen. Dazu ist eine Differenzierung der Marktstützung erforderlich.

CDU und CSU betrachten die landwirtschaftliche Markt- und Preispolitik unverändert als Schwerpunkte ihrer Agrarpolitik. Diese bilden die wesentliche Grundlage für befriedigende Einkommen, eine ausreichende Eigenkapitalbildung sowie den wirtschaftlich vernünftigen Arbeits- und Kapitaleinsatz in den Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben. In der gegenwärtigen Marktsituation können diese Ziele über die Markt- und Preispolitik allein nicht erreicht werden. Es bedarf dazu zusätzlicher einkommenswirksamer Maßnahmen.

Die Landwirtschaft erbringt wichtige außerlandwirtschaftliche Leistungen für unsere Gesellschaft, für die Natur- und Landschaftserhaltung und für die Sicherung einer gesunden Umwelt, die nicht über den Preis von Agrarprodukten abgegolten werden.

Ausgleichszahlungen für landwirtschaftlich benachteiligte Gebiete und Betriebe für freiwillige ökologische Maßnahmen

oder andere nachhaltige Bewirtschaftungsauflagen, die im öffentlichen Interesse liegen, sollen die landwirtschaftliche Markt- und Preispolitik ergänzen.

Zur wirtschaftlichen und sozialen Erleichterung sowie Abfederung von notwendigen Anpassungen sind Steuererleichterungen für die Landwirtschaft eine unentbehrliche Hilfe. Die Bundesregierung hat daher entsprechende Maßnahmen getroffen.

Eine steuerneutrale Überführung des Wohnteils aus dem Betriebs- in das Privatvermögen wird ab 1987 möglich sein. Hierfür wird eine 12jährige Übergangsfrist eingeräumt.

Agrarsozialpolitik ist ein wesentlicher Teil der Agrarpolitik. Wir haben schon in den letzten Jahren die Mittel für die soziale Sicherung der Landwirte beträchtlich erhöht. Wir werden uns auch in Zukunft unserer Verantwortung bewußt sein.

CDU und CSU haben die von ihnen geschaffene landwirtschaftliche Alterssicherung weiter gestärkt und den Anteil der Bundeszuschüsse an den Gesamtleistungen der Altershilfe erhöht. Einkommensschwache Betriebe sind durch gezielte Beitragszuschüsse entlastet worden.

CDU und CSU werden diesen Weg weitergehen. Bei der vorgesehenen Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung werden sie die berechtigten Anliegen aller Gruppen der bäuerlichen Landwirtschaft berücksichtigen und für eine gleichwertige Behandlung der Nebenerwerbslandwirte eintreten.

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt im weltweiten Vergleich über eine umweltpolitisch günstige Agrarstruktur, die durch bäuerliche Familienbetriebe getragen wird. An diesem Leitbild unserer Agrarpolitik ist auch aus umweltpolitischen Zielsetzungen festzuhalten.

Wir unterstützen die Ziele einer umweltgerechten Landwirtschaft. Durch intensive Beratung und durch Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung können das Verantwortungsbewußtsein der Landwirte für eine gesunde Umwelt gestärkt und deren Kenntnisse über eine umweltfreundliche Bewirtschaftung vertieft werden. Eine umweltfreundliche Landbewirtschaftung soll mit der Erhaltung der Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen sowie der Förderung des Gewässerschutzes verbunden werden.

Agrarstrukturpolitik verstehen wir als Teil einer umfassenden Politik für die Menschen im ländlichen Raum, die den heutigen umwelt-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ansprüchen Rechnung tragen muß. Den Strukturwandel in der Landwirtschaft, der auch in Zukunft andauern wird, wollen wir sozial gestalten. Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum werden wir die Agrarpolitik durch die Regionalpolitik unterstützen. Die Wirksamkeit unserer Regionalpolitik im ländlichen Raum darf nicht durch restriktive Beschlüsse der EG-Kommission be- oder verhindert werden. Eine Beschleunigung des Strukturwandels durch Druck auf die Agrarpreise und durch staatliche Maßnahmen lehnen wir ab.

Die EG-Agrarstrukturpolitik der kommenden Jahre muß differenzierte Lösungen suchen. Dazu muß die Verantwortung bei der politischen Ebene liegen, die mit den Problemen auch vertraut ist. Eine Regionalisierung der EG-Agrarpolitik und größerer nationaler Spielraum für die Mitgliedstaaten sind deshalb erforderlich.

16. Wir wollen soziale Partnerschaft und lennen Klassenkampf ab

Tarifautonomie, Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer sind Ergebnisse christlich-sozialer Politik und Ausdruck sozialer Partnerschaft, die unverzichtbarer Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft ist.

Neue Techniken sollen nicht gegen die Arbeitnehmer, sondern mit ihnen eingeführt werden. Sie sollen bei der Entscheidung über Einsatz und Verwendung neuer Techniken im Sinne der sozialen Partnerschaft durch umfassende Information beteiligt werden. Neue Techniken erleichtern auch die Humanisierung der Arbeitsplätze und einen verbesserten Gesundheitsschutz. Durch die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Bundespersonalvertretungsgesetzes sollen die Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen verstärkt werden.

CDU und CSU wollen im Benehmen mit den Tarifpartnern die Montanmitbestimmung sichern.

Wir wollen Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeitnehmer unabhängig von parteipolitischen Rücksichten vertreten. Nur so sind sie fähig zu Kompromiß und zu sozialem Frieden. Wenn Funktionäre einzelner Gewerkschaften diese vor den Karren der Partei spannen, verstoßen sie gegen den unverzichtbaren Grundsatz parteipolitischer Neutralität und gefährden damit die Einheitsgewerkschaft.

Die Arbeitnehmer am Produktivkapital der Wirtschaft stärker zu beteiligen, bleibt ein wichtiges Ziel christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politik. CDU und CSU haben nach 13 Jahren des vermögenspolitischen Stillstands unter SPD/FDP-Verantwortung mit dem Vermögensbeteiligungsgesetz und mit der Ergänzung dieses Gesetzes durch die zweite Stufe der Vermögensbildung ein klares Signal gesetzt, um die Arbeitnehmer in immer stärkerem Maße zu Miteigentümern der Unternehmen zu machen. Wir fordern Arbeitgeber und Gewerkschaften auf, die Chancen und Möglichkeiten der neuen Gesetze zu nutzen.

17. Wir werden die soziale Sicherheit festigen und ausbauen

Neubeginn in der Sozialpolitik

Bei Regierungsübernahme stand das System der sozialen Sicherheit vor dem Zusammenbruch. Die hohen Schulden der öffentlichen Haushalte, der Rückgang des Sozialproduktes und steigende Arbeitslosenzahlen hatten das soziale Netz in der Bundesrepublik Deutschland akut gefährdet.

Wir haben das soziale Sicherungssystem wieder leistungsfähig gemacht und durch strukturelle Veränderungen die Sozialausgaben den realen Finanzierungsmöglichkeiten angepaßt.

Die Solidität unserer Sozialpolitik zahlt sich aus. Die Sozialleistungen stehen wieder in Einklang mit den Möglichkeiten der Volkswirtschaft. Das wiedergewonnene wirtschaftliche Wachstum hat neue sozialpolitische Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. Das Ergebnis ist mithin nicht Abbau, sondern Sicherung und Verbesserung von Sozialleistungen.

- Die Gesamtheit aller Sozialleistungen liegt heute im Jahr um mehr als 50 Milliarden Mark höher als 1982.
- Die Rentenfinanzen haben wir nach langen Jahren der SPD/FDP-Rentenunsicherheit gesichert, die Realeinkommen der Rentner steigen wieder: Das spüren die Rentner im Geldbeutel.
- Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit haben wir beseitigt. Die Voraussetzungen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und die Verbesserung der Leistungen für Arbeitslose haben wir geschaffen und genutzt.
- Die Sozialhilfe haben wir erhöht.

- Das Wohngeld und die soziale Absicherung des Wohnens wurden verbessert.
- Die Leistungen für Schwerbehinderte und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben wir verbessert.
- Die Versorgungsleistungen für Kriegsoffer und für Opfer von Gewalttaten wurden verbessert.
- Den Einkommens- und Vermögensschutz in der Sozialhilfe, insbesondere für Pflegebedürftige, vor allem soweit es den Schutz des kleinen Hausgrundstückes betrifft, werden wir weiter verbessern.

Rentenversicherung

CDU und CSU haben 1957 die bruttolohnbezogene dynamische Rente geschaffen, um die Teilhabe der älteren Mitbürger am wirtschaftlichen Fortschritt zu gewährleisten. Die Rentenreform von 1957 war ein soziales Jahrhundertwerk und gilt auch international als Beispiel für eine vorbildliche Sozialpolitik.

SPD und FDP haben in den Jahren ihrer gemeinsamen Regierungstätigkeit durch eine unverantwortliche Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie durch ständige Eingriffe in das Leistungsrecht der Rentenversicherung die Sicherheit unseres Rentensystems aufs Spiel gesetzt. CDU und CSU haben die dadurch drohende Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der Rentenversicherung beseitigt und haben die Rentenfinanzen wieder auf eine solide Grundlage gestellt. Jeder Rentner kann sich darauf verlassen, daß seine Rente auch in Zukunft pünktlich gezahlt wird.

Eine herausragende Leistung unserer Politik ist die Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht durch die Hinterbliebenenrente mit Freibetrag. Als sozialgerechte und frauenfreundliche Lösung hat sie die Zustimmung der Frauenorganisationen und der Gewerkschaften gefunden. SPD und FDP dagegen waren nicht fähig,

einen sozial ausgewogenen und finanziell tragbaren Lösungsweg aufzuzeigen.

CDU und CSU werden durch ihre Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik schrittweise die Arbeitslosigkeit abbauen. Dies ist eine entscheidende Voraussetzung für stabile Rentenfinanzen. Denn ein hoher Beschäftigungsstand entlastet finanziell den Staat sowie Arbeitgeber und Arbeitnehmer und erhöht gleichzeitig die Zahl der Beitragszahler in der Rentenversicherung.

Weil sich der Altersaufbau unserer Bevölkerung ändert (mehr Rentner, weniger Beitragszahler), werden wir in der nächsten Legislaturperiode eine grundlegende Strukturreform vornehmen, um die Renten auch für die nächste Generation zu sichern. Ziel dieser Reform ist es, den Generationenvertrag aufrechtzuerhalten, um auch den jungen Beitragszahlern im Alter eine sichere und leistungsgerechte Rente zu garantieren und die Belastungen der Beitragszahler in Grenzen zu halten. Es geht nicht um eine Beseitigung der tragenden Elemente unserer Rentenversicherung, sondern um ihre Weiterentwicklung als Antwort auf die veränderten Bedingungen des nächsten Jahrhunderts. Dabei werden sich die Unionsparteien von folgenden Prinzipien leiten lassen:

- Rente ist Alterslohn für Lebensleistung. Der enge Bezug zwischen Leistung und Gegenleistung bleibt auch in Zukunft ein Grundsatz unseres Rentenrechts. Deshalb lehnen wir eine Einheitsrente ebenso ab wie eine Maschinensteuer.
- Die Rentenversicherung beruht auf dem Generationenvertrag. Die jeweils arbeitende Generation sorgt durch ihre Beiträge für die Sicherung des Einkommens der Rentnergeneration. Familien mit Kindern erbringen ebenfalls einen unentbehrlichen Beitrag für den Bestand des Generationenvertrages. Deshalb sind alle Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für junge Familien zu fördern. Die Anerkennung eines Kindererziehungsjahres in der Rentenversicherung ist ein wichtiger Schritt zur langfristigen Sicherung des Drei-Generationen-Vertrages in der Rentenversicherung.

- Die verfügbaren Renteneinkommen sollen in gleichem Maße steigen wie die verfügbaren Arbeitseinkommen der Beschäftigten. Denn aus der veränderten Bevölkerungsentwicklung der Zukunft ergeben sich langfristig Folgen für die Rentner und die Beitragszahler. In Verbindung hiermit und mit den Strukturen der Rentenversicherung muß auch der Bundeszuschuß auf eine neue, verlässliche Grundlage gestellt werden.
- Notwendig sind in der Zukunft sowohl flexible als auch gleitende Übergänge in den Ruhestand. Mit steigender Lebenserwartung wird auch die Bereitschaft, freiwillig länger zu arbeiten, zunehmen. Die Möglichkeiten dazu müssen verbessert werden. Dies ist auch aufgrund des veränderten Altersaufbaus im nächsten Jahrhundert wünschenswert. Arbeitnehmer müssen nicht nur früher, sondern auch später als bisher in den Ruhestand gehen können. Wer länger arbeitet, soll eine höhere Rente erhalten als der, der kürzer arbeitet. Flexible Altersgrenzen entsprechen auch eher den Wünschen und den persönlichen Interessen des einzelnen als starre Regelungen.

Gesundheitspolitik

Die Gesundheit ist eines der höchsten Lebensgüter. Die Chancen, gesund zu bleiben oder zu werden, müssen für jeden Bürger gleich groß sein, ohne Rücksicht auf seine finanzielle Situation. Wir wollen, daß alle Bürger in Stadt und Land die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten.

Die Verantwortung des einzelnen und die Verantwortung des Staates gehören in der Gesundheitspolitik zusammen. Denn der Staat kann nicht jedem seine Gesundheit garantieren. Jeder ist zunächst selbst verantwortlich für die Erhaltung seiner Gesundheit. Vorbeugen ist besser als Heilen. Deshalb sind die Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung mehr als bisher zu fördern.

Neben dem Einsatz medizinisch-technischer Geräte und Apparate darf die persönliche Zuwendung im Gesundheitswesen nicht verloren gehen. Ärzte und Pflegepersonal leisten dafür einen unerläßlichen Beitrag. Eine unentbehrliche Ergänzung der traditionellen gesundheitlichen Versorgung sind die Selbsthilfegruppen Betroffener.

Die großen Volkskrankheiten wie Herz-Kreislaufkrankungen, Krebs und Rheuma erfordern besondere Anstrengungen der medizinischen Wissenschaft. Wir wollen die Ursachenforschung ausbauen, neue Heilverfahren entwickeln, die Nachsorge und Rehabilitation verbessern und die Folgen von Krankheit für die Menschen mildern. Die Unionsparteien werden die gemeindenahe Versorgung psychisch Kranker verbessern und dabei dem Ausbau ambulanter Dienste Vorrang vor stationären Maßnahmen einräumen.

Zu einer freiheitlichen Sozialpolitik gehört ein freiheitliches Gesundheitswesen. Das bedeutet: freie Wahl des Arztes und eine Vielfalt von privaten, öffentlichen und gemeinnützigen Trägern und Einrichtungen im Krankenhausbereich. Der Vergleich mit anderen Ländern beweist: ein freiheitliches Gesundheitswesen ist menschlicher und kostengünstiger als ein bürokratisiertes und verstaatlichtes Gesundheitswesen. Die Ziele unserer Gesundheitspolitik sind auf Dauer nur in einem Gesundheitswesen zu erreichen, das Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit miteinander verbindet.

Umwelt und Gesundheit

Die Gesundheit des Menschen hängt auch von der Umwelt ab, in der er lebt. Umweltpolitik ist deshalb auch Gesundheitspolitik. Der Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Die von uns geführte Bundesregierung hat danach gehandelt. Durch eine verschärfte Gefahrstoffverordnung sind international neue Maßstäbe für den Schutz von Mensch und Umwelt gesetzt worden. Durch eine neue Verordnung ist die Qualität des Trinkwassers auch für die Zukunft gesichert.

Um ein gesundes Leben in einer gesunden Umwelt zu sichern, werden wir durch Gesetzesänderungen die Menschen besser vor jenen Gefahren schützen, die ihnen aus einer Vielzahl neuer chemischer Stoffe erwachsen können. Den Schutz vor Schadstoffen in Lebensmitteln werden wir weiter ausbauen und so gestalten, daß Schadstoffe nicht in die Nahrungskette gelangen.

Krankenversicherung

Auch in der Gesundheitspolitik darf auf Wirtschaftlichkeit nicht verzichtet werden. Wir wollen die Strukturen unseres Gesundheitssystems mit dem Ziel erhöhter Wirksamkeit und größerer Wirtschaftlichkeit weiterentwickeln. Die Beiträge zur Krankenversicherung müssen innerhalb wirtschaftlich vernünftiger und finanziell vertretbarer Grenzen bleiben.

Wenn wir medizinischen Fortschritt zu tragbaren Beitragssätzen auf Dauer wollen, müssen vor allem stärkere Anreize für wirtschaftliches Handeln auf allen Ebenen des Gesundheitswesens geschaffen werden. Sparsamkeit muß belohnt und unnötig kostenträchtiges Verhalten benachteiligt werden. Eine grundlegende Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung ist erforderlich.

Wir wollen, daß

- in allen Bereichen unseres Gesundheitswesens Leistungs- und Kostentransparenz und soviel Markt und Preiswettbewerb wie möglich und sinnvoll eingeführt werden;
- die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung als Solidareinrichtung auf das konzentriert werden, was sozial und gesundheitlich wirklich nötig ist. Das bedeutet für uns eher höhere Ausgaben für die existentiellen Risiken und für Vorsorge - andererseits aber größere Sparsamkeit bei Bagatelleleistungen;
- der Gestaltungsspielraum der Selbstverwaltung und der Krankenkassen soll genutzt werden, um neue Formen im Leistungs- und Beitragsrecht erproben und Verschwendung und Unwirtschaftlichkeit besser bekämpfen zu können;
- die Gesundheitsgefahren in der Umwelt und am Arbeitsplatz abgebaut werden. Wir wollen durch ständige Weiterentwicklung des innerbetrieblichen Arbeitsschutzes, durch Verbesserung der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen und Verschärfung der Umweltschutzauflagen die Gesundheits- und Unfallgefahren am Arbeitsplatz so weit wie möglich reduzieren.

Wir gestalten eine menschliche Gesellschaft

Ebenso wie wir die natürliche Umwelt bewahren und schützen wollen, wollen wir das persönliche Umfeld des einzelnen wieder überschaubarer machen. Der einzelne darf in der Massengesellschaft nicht verlorengelassen und vereinsamen. Geborgenheit in Familie und Nachbarschaft sind Werte, die für das Glück und die Zufriedenheit des Menschen ebenso wichtig sind wie materielle Güter und Wohlstand. Wir wollen eine Gesellschaft selbständiger Bürger, die sich zutrauen und auch fähig sind, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Wir wollen eine Gesellschaft, die Raum läßt für individuelle Entfaltung.

CDU und CSU achten die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Der Mensch kann seinem Bedürfnis, sich selbst und der Welt einen Sinn zu geben, nicht aus eigener Kraft gerecht werden. Hierin besteht die große Aufgabe und Herausforderung für die Kirchen. Die Union anerkennt die vorbildlichen Leistungen der Kirchen im praktischen Dienst am Menschen und wird sie auch künftig fördern.

Soziale, sportliche und kulturelle Einrichtungen erfüllen in unserer Gesellschaft eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe. Nachbarschaften, Vereine und Initiativen von Bürgern verbessern die Lebensbedingungen der Menschen.

Soziale Sicherung beruht auf dem Grundgedanken der Solidarität. Solidarität ist mehr als die Kampfgemeinschaft, die mit Gleichgesinnten eigene Interessen gegen andere durchsetzt, sondern verpflichtet die Starken zum Einsatz für den Schwachen. Der Staat hat die besondere Verpflichtung, für diejenigen in unserer Gesellschaft einzutreten, die keine Lobby haben.

Für uns gehören Solidarität und Subsidiarität zusammen. Der Staat soll dem Bürger Eigeninitiative und verantwortliche Selbsthilfe im Rahmen des Möglichen erleichtern und zumuten. Nicht der dirigistische Versorgungsstaat, der den Menschen bevormundet, ist unser Ideal, sondern der Staat, der auf die Mitverantwortung und Solidarität der Bürger baut, der auf ihren Ideenreichtum, ihre Initiative und Leistung bei der Lösung von Problemen vertraut. Deshalb werden wir unsere erfolgreich begonnene Politik der Entbürokratisierung, der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung konsequent fortsetzen.

Die SPD dagegen ist die Partei des Dirigismus; sie schafft den anonymen Betreuungsstaat, der die Entwicklung zu einer kalten, durchbürokratisierten Gesellschaft fördert. Sozialistische Politik führt letztlich zum entwurzelten Menschen, der sich leichter manipulieren läßt. Ähnliche Ziele verfolgen die Grünen.

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt ein umfassendes und leistungsfähiges Sozialsystem, das in der Welt seinesgleichen sucht. Es dient dem sozialen Frieden, der persönlichen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit. Aber es gibt soziale Not, auf die eine rein materiell ausgerichtete Sozialpolitik keine Antwort geben kann. Die neuen sozialen Probleme liegen gerade im menschlichen Bereich. Der Staat muß Hilfe zur Selbsthilfe geben. Die kleine Gruppe, die Nachbarschaft, die Familie können eher Bürgersinn und Hilfe bewirken als neue staatliche Betreuungsorganisationen. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Verbänden, Selbsthilfegruppen und dem einzelnen sind notwendig.

18. Wir schützen Natur und Umwelt und erhalten unser Land als lebenswerte Heimat.

Umweltpolitik

Der Umweltschutz gehört zu den größten Aktivposten unserer Politik. Im Umweltschutz haben wir entscheidende Fortschritte erreicht und damit gleichzeitig neue Arbeitsplätze geschaffen. Unter unserer Regierungsverantwortung ist die Bundesrepublik Deutschland in der Umweltpolitik zum Vorreiter und zur treibenden Kraft in Europa geworden. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Luftreinhaltung.

Die langfristige Bewahrung einer natürlichen Umwelt bleibt auch in Zukunft eine vorrangige politische Aufgabe. Wir stehen in der Pflicht gegenüber nachfolgenden Generationen. Unsere Umwelt zu erhalten und damit eine lebenswerte Zukunft zu sichern, ist eine konservative Aufgabe im besten Sinne des Wortes und entspricht unserem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung gegenüber der Schöpfung.

Umweltschutz ist mehr als die nachträgliche Beseitigung entstandener Schäden. Technischen und wirtschaftlichen Fortschritt mit der Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit unserer

natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen, ist das Ziel unserer Politik.

Wir werden

- das Verursacher- und Vorsorgeprinzip verstärkt anwenden, um den Unternehmen mehr Anreize zur Suche nach umweltfreundlichen Lösungen zu geben: Umweltschädigendes Verhalten darf sich nicht lohnen, Umweltverschmutzung zum Nulltarif darf es nicht geben;
- den technischen Fortschritt in den Dienst des Umweltschutzes stellen. Technische Verbesserungen und Neuerungen sind die Grundlage modernen Umweltschutzes und schaffen neue Arbeitsplätze;
- die Altlastensanierung unter Beachtung des Verursacherprinzips voranbringen;
- die Umweltkriminalität nachhaltig bekämpfen;
- in der Europäischen Gemeinschaft Regelungen durchsetzen, die einen wirksamen Schutz von Natur, Umwelt und Gesundheit sicherstellen. Wir werden unsere europäischen Nachbarn drängen, dem deutschen Beispiel zu folgen.

Unser Ziel ist die Bewahrung der Natur und Landschaft in ihrer heutigen Vielfalt. Der Lebensraum muß für wild lebende Tiere und Pflanzen stärker als bisher vor Eingriffen und Beeinträchtigungen geschützt werden. Wichtige Biotope müssen vor dem Untergang gerettet werden. Dann wird es uns auch gelingen, den Naturhaushalt im Gleichgewicht zu halten.

Mit weitreichenden Maßnahmen haben wir die Reinhaltung der Luft verbessert. Der Ausstoß von Schwefeldioxyd bei Kraftwerken wird bis 1988 um 1,2 Millionen Tonnen pro Jahr reduziert. Bis 1993 wird eine Reduzierung um 75 % gegenüber dem Stand von 1982 erreicht. Die Emissionen von Stickoxyden aus Großfeuerungsanlagen werden bis 1993 von 1 Million Tonnen pro Jahr auf ein Drittel herabgesetzt.

Der Durchbruch in der Europäischen Gemeinschaft zur Einführung des umweltfreundlichen Autos ist ein großer Erfolg unserer Umweltpolitik. Die Verringerung der Abgase bei Lastfahrzeugen und eine Senkung des Schadstoffgehalts von Heizöl und Dieselmotorkraftstoff sind hier unsere nächsten Ziele.

Unsere Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft dienen auch der Erhaltung unserer Wälder. Wir werden die Waldschadensforschung verstärken. Wir wollen die Bergwälder und Bergregionen schützen.

Die Reinhaltung der Gewässer und die Sicherung unseres Trinkwassers ist eines unserer wichtigsten umweltpolitischen Ziele. Wir haben drei Gesetze zum Schutz des Wassers verbessert. Wir setzen uns für einen wirksamen Schutz der Grundwasservorräte, für Einsparungen beim Wasserverbrauch und eine Verringerung des Einleitens von Schadstoffen in die Gewässer ein. Wir fordern die Einhaltung der von Frankreich gegebenen Zusagen, die Einleitung von Kalisalzen in den Rhein zu beenden.

Jahrelang wurde der Schutz des Bodens vernachlässigt. Wir haben deshalb eine Bodenschutzkonzeption erarbeitet. Die Belastung des Bodens durch Schadstoffe muß verringert werden, damit der Boden sich selbst regenerieren kann und damit keine Schadstoffe in Lebensmittel gelangen. Der Landschaftsverbrauch muß auf das unbedingt Nötige beschränkt werden.

Abfälle sind zu wertvoll, um einfach weggeworfen zu werden. Wir wollen deshalb das Recycling von Rohstoffen in den nächsten Jahren weiter ausbauen. Damit können Rohstoffe eingespart und die Müllmengen verringert werden. Mit dem neuen Abfallgesetz haben wir dafür eine zukunftsweisende Grundlage geschaffen.

Menschengerechte Gestaltung und Erneuerung unserer Städte und Dörfer

Die menschengerechte Gestaltung und Erneuerung von Städten, Gemeinden und Dörfern ist für die Qualität der Lebensverhältnisse der Menschen ebenso entscheidend wie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Deshalb haben auf unsere Initiative Bund, Länder und Gemeinden zusammengekommen für 1986 und 1987 die Mittel für Dorf- und Stadterneuerung auf über zwei Milliarden DM jährlich erhöht. Die CSU will auch ab 1988 durch eine entsprechende Verteilung der Mittel sicherstellen, daß die Länder die Erneuerung der Städte und Dörfer in eigener Verantwortung im bisherigen Umfang fortsetzen können. Gewachsene Strukturen zu erhalten, menschlichere Lebensverhältnisse zu ermöglichen, Heimat zu bewahren und zu schaffen: Das ist unser Leitbild für Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung.

Wohnungsversorgung auf höchstem Stand

Das verbesserte Wohnungsangebot hat erstmals zu einem weitgehend entspannten Wohnungsmarkt mit einem nur noch geringen Anstieg der Wohnkosten geführt. Das entlastet Mieter und Eigentümer. Die verbesserte steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums wird es künftig mehr Familien ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben und damit Vermögen für die Wechselfälle des Lebens und für das Rentenalter zu bilden.

19. Wir sorgen für sichere, umweltschonende und preiswerte Energie

Für eine wirtschaftlich und sozial leistungsfähige Industriegesellschaft ist die ausreichende Versorgung mit sicherer, umweltschonender und preiswerter Energie eine Lebensfrage. Nur so können wirtschaftliche Leistungskraft und Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Wohlstand sowie die Gesundheit der Bürger erhalten und gesichert werden.

Die Kernkraft ist neben Kohle, Öl, Erdgas und regenerativen Energien für absehbare Zeit eine unentbehrliche Energiequelle.

Die Erforschung und Erprobung neuer Energiequellen wie zum Beispiel der Fusions- und Wasserstofftechnologie sind verstärkt zu fördern, damit sie als Energiequellen möglichst bald zur Verfügung stehen. Wind- und Solarenergie sowie nachwachsende Energieträger können einen steigenden Beitrag zur Energieversorgung liefern. Die Erforschung, Erprobung und Markteinführung dieser alternativen Energiequellen werden verstärkt und systematisch gefördert. Auch in Zukunft sind alle Möglichkeiten der Energieeinsparung zu nutzen und neue energiesparende Verfahren und Werkstoffe zu entwickeln.

Die Steinkohle als wichtigster heimischer Energieträger behält ihren hohen Rang im Interesse der Sicherheit unserer Energieversorgung. Braunkohle und Wasserkraft werden auch in Zukunft ihren Anteil an der Energieerzeugung besitzen.

Bei der Nutzung der Kernenergie muß die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Bürger wie bisher auch Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen behalten. Der Verzicht auf Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland und der verstärkte Einsatz von Kraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, würde die Belastung von Luft, Wasser und Boden erheblich erhöhen, die Energiepreise steigen lassen und die Abhängigkeit vom Erdöl verstärken. Gesundheit und Leben unserer Bürger werden auch nicht dadurch geschützt, daß die sicheren Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland abgeschaltet werden, während die weniger sicheren im kommunistischen Machtbereich weiter in Betrieb sind.

Die deutschen Kernkraftwerke sind die sichersten der Welt. Der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl ist kein Argument gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, sondern vielmehr Ausdruck einer verantwortungslosen Politik, bei der wirtschaftliches Interesse, nicht aber Sicherheit Vorrang hatte.

Die Kernenergie ist heute eine technisch beherrschbare und moralisch vertretbare Technik. Voraussetzung dafür ist, daß Kern-

kraftwerke wie in der Bundesrepublik Deutschland z.B. über mehrere unterschiedlich wirkende und voneinander unabhängig arbeitende Sicherheitssysteme verfügen. Jedes dieser Sicherheitssysteme muß für sich allein bereits sicherheitstechnisch für mögliche Störfälle ausreichend sein.

Wir bleiben uns dabei bewußt, daß es keine Technik ohne jedes Risiko gibt und daß Sicherheit ständig neuer Überprüfung und neuer Anstrengung bedarf. Deshalb sehen wir trotz des hohen Sicherheitsstandards der deutschen Kernkraftwerke die laufende Prüfung aller Sicherheitsaspekte als eine Daueraufgabe an.

Freigesetzte Schadstoffe aller Art machen nicht an staatlichen Grenzen halt. Daraus folgt, daß jedes Land, das Kernenergie nutzt, nicht nur für seine Bürger, sondern auch für seine Nachbarn eine große Verantwortung übernimmt.

Deshalb werden wir darauf drängen, daß

- für Bau und Betrieb von Kernkraftwerken weltweit gültige und dem höchsten Stand der Technik entsprechende Sicherheitsstandards festgelegt werden;
- die internationale Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit von Kernkraftwerken, der Bewältigung von Nuklearunfällen und der Bereitstellung gegenseitiger Nothilfe verbessert wird;
- alle Länder, die Kernkraftwerke betreiben, bei Störfällen zu einer rechtzeitigen und umfassenden Information verpflichtet werden;
- bei Schäden, die durch Störfälle in Kernkraftwerken entstehen, das Verursacherprinzip grenzüberschreitend angewendet wird.

Eine verantwortliche Auseinandersetzung mit der Kernenergie muß auch Rücksicht nehmen auf Ängste und Sorgen der Bevölkerung. Eine sachliche und umfassende Information der Bevölkerung ist

selbstverständlich. Mögliche Ängste dürfen aber sachgerechtes und verantwortliches Handeln nicht behindern.

Jede Technologie, somit auch die Energiegewinnung durch Kernspaltung, ist eine Übergangstechnologie. Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie gibt es aber auf absehbare Zeit keine Alternative. Wer deshalb heute das sofortige Abschalten der Kernkraftwerke fordert, täuscht die Bevölkerung. Wirtschaftlicher und sozialer Niedergang wären die Folge.

Die Energie- und Entsorgungspolitik des Bundes und der Länder erfordert den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und die Erprobung direkter Endlagerung.

20. Wir fördern Selbstständigkeit und Geborgenheit im Alter

Eine Gesellschaft ist nur dann human, wenn sie auch den älteren Mitbürgern ein gesichertes und sinnerfülltes Leben ermöglicht. Die älteren Menschen sind selbständige, aktive und selbstbewußte Bürger, die ihre Erfahrungen und Kenntnisse aktiv nutzen, erweitern und weitergeben wollen.

Dies wollen wir ideell und materiell unterstützen, denn auch die Jüngeren können auf den Rat und die Mithilfe der älteren Generation im privaten und gesellschaftlichen Bereich nicht verzichten. Wir setzen uns dafür ein, daß die älteren stärker am politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir befürworten Weiterbildungsangebote, Seniorentreffpunkte und Sport für ältere Menschen. Deshalb wollen wir freie und gemeinnützige Verbände und Selbsthilfeprojekte unterstützen.

Unser Ziel ist nicht nur die Förderung der Familie, bestehend aus Eltern und Kindern, sondern auch die Förderung der Mehr-Generationen-Familie. Wir haben bereits durch eine Reihe gesetzlicher Verbesserungen, wie z.B. der Einführung des zusätzlichen Freibetrages beim Wohngeld und einer

Elternkomponente bei der Wohnungsbauförderung, das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach erleichtert.

In unserer Gesellschaft leben zwei Millionen Menschen, die in unterschiedlichem Maße der Pflege bedürfen. Der weitaus größte Teil der pflegebedürftigen Älteren wird von Angehörigen betreut. Es sind insbesondere Frauen der mittleren Generation, die sich in der Pflege um ihre Angehörigen oftmals selbstlos aufopfern. Die Risiken der Pflegebedürftigkeit oder schwerer Behinderungen von Geburt an sind nur unzureichend abgesichert.

Wir haben bereits in dieser Legislaturperiode Maßnahmen verwirklicht und eingeleitet, durch die die Lage der Pflegebedürftigen wie der Pflegenden verbessert wird: Dazu gehören die Wohnungsbauförderung und die Ausweitung der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zur häuslichen Pflege und zur Hilfe bei Erkrankung von Pflegenden.

In der nächsten Legislaturperiode wollen wir vordringlich:

- die soziale Sicherheit derjenigen, die Schwerstbehinderte pflegen, in Verantwortung der Länder und Gemeinden verbessern;
- im Steuerrecht weitere Erleichterungen schaffen;
- die Bedingungen für private Vorsorgeleistungen verbessern;
- die Pflege durch Angehörige und durch Sozialstationen nachhaltiger anerkennen und fördern.

Darüber hinaus muß die soziale Sicherung der Pflegebedürftigkeit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten geregelt werden.

Unsere Politik soll dazu beitragen, daß ältere Menschen solange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können.

21. Wir stärken die Selbstverantwortung und alle Initiativen zur Hilfe für den Nächsten

Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit. Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit, und Leistung ist nicht nur bezahlte Leistung. Es gibt Arbeit nicht nur im Berufsleben, sondern auch in der Familie und im sozialen Dienst für andere, in der Selbst- und Nächstenhilfe. Auch ein gut organisierter Sozialstaat ist auf das ehrenamtliche Engagement seiner Mitbürger angewiesen. Ehrenamtliches Engagement muß daher im erforderlichen Umfang anerkannt und gefördert werden.

Wir wollen mehr Eigenverantwortung, mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Der einzelne, gemeinnützige Verbände, Selbsthilfegruppen, Nachbarn und Familien leisten etwas, was der Staat oder ein anonymes Versorgungssystem häufig nicht leisten können: sie schenken dem Bedürftigen persönliche Zuwendung, Geborgenheit, Verständnis, Liebe.

Darum hat individuelle Hilfe für uns Vorrang vor anonymer Hilfe, ambulante Hilfe Vorrang vor stationärer Hilfe, private Hilfe Vorrang vor staatlicher Hilfe. In vielen Fällen ist aber für die Älteren die Betreuung z.B. in Alters- und Alterspflegeheimen die richtige und humane Lösung.

Für CDU und CSU ist es gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein besonderes Anliegen, sich verstärkt für die Eingliederung der behinderten Mitbürger in Beruf und Gesellschaft einzusetzen. Wir müssen ihnen jene Hilfen gewähren, die sie nach ihren persönlichen Lebensumständen benötigen. Die Neufassung des Schwerbehindertengesetzes dient diesem Ziel.

Unsere freiheitliche und solidarische Sozial- und Gesellschaftspolitik unterscheidet sich grundlegend von sozialistischen Zielvorstellungen. Sozialistische Politik will alle menschlichen Bedürfnisse zentral verwalten. Eine allumfas-

sende staatliche Zuständigkeit zerstört aber die Bereitschaft des einzelnen und der Gruppen zu verantwortlichem Handeln und schränkt die Freiheit des einzelnen ein.

Die großen sozialen Sicherungssysteme bleiben weiterhin unverzichtbar. Uns geht es darum, die Kräfte des einzelnen und der Gemeinschaft zur Selbsthilfe, zu dezentraler, praktischer Nächstenhilfe zu stärken. Aufgabe der Politik und staatlicher Einrichtungen ist es, dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Verbänden und Selbsthilfegruppen sowie dem einzelnen sind notwendig.

22. Wir schaffen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft

Die Familie ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort persönlicher Geborgenheit und Sinnvermittlung. Die Familie ist Mittelpunkt einer Politik, die auf Freiheit, Eigenverantwortung, Mitmenschlichkeit und Vorrang der Personen vor Ideologien gerichtet ist. Die Familie ist das Fundament einer solidarischen und menschlichen Gesellschaft.

Die Unionsparteien entsprechen mit ihrer Entscheidung, die Familie in den Mittelpunkt ihrer Gesellschaftspolitik zu stellen, den Erfordernissen der Zukunft. Wenn in unserem Land immer weniger Kinder geboren werden und immer weniger Kinder in Familien zu lebensfähigen und verantwortungsbewußten Mitbürgern in unserer Gesellschaft heranwachsen, hat unser Land keine Zukunft mehr.

Die CDU und CSU sind die Parteien der Familie.

- Mit der Einführung des Erziehungsgeldes und der Anerkennung der Erziehungsleistung in der Familie durch Anrechnung eines Erziehungsjahres in der Rentenversicherung haben wir einen familienpolitischen Durchbruch erzielt.

Auch die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 werden schrittweise in die Regelung über die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung einbezogen, unabhängig davon, ob sie eine Rente beziehen oder nicht.

- Die Kinderfreibeträge haben wir wesentlich erhöht: Wer Kinder hat, zahlt weniger Steuern als der, der keine Kinder hat. Als neue Leistung wurde ein Kindergeldzuschlag je Kind für diejenigen eingeführt, die die Kinderfreibeträge nicht oder nicht in vollem Umfang ausschöpfen können.

Mit 10 Milliarden Mark pro Jahr haben wir die größte Verbesserung für die Familien seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erreicht.

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode

- mit dem Kinderfreibetrag auch den Kindergeldzuschlag weiter erhöhen,
- das Kindergeld für kinderreiche Familien anheben,
- das Erziehungsgeld verlängern.

Wir werden uns der Situation der Alleinerziehenden, die es oft sehr schwer haben, besonders annehmen.

CDU und CSU tragen durch ihre Familienpolitik dazu bei, daß Partnerschaft und Wahlfreiheit tatsächlich gelebt werden können. Immer mehr junge Väter wollen bewußt Familie erleben und in der Familie Verantwortung übernehmen. Familienpolitik muß mehr Möglichkeiten schaffen, daß Väter sich stärker und intensiver als bisher um Familie und Kinder kümmern und daß Familien einander besser helfen und sich gegenseitig entlasten können.

Das ungeborene Leben ist menschliches Leben von Anfang an und steht von Anfang an unter dem besonderen Schutz der Verfassung.

Wir werden weiterhin alles tun, die Unantastbarkeit und Würde jedes menschlichen Lebens im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern. Der außerordentlich starke Anteil der Notlagenindikation ist in hohem Maße bedrückend. Jeder Mißbrauch rechtlicher Vorschriften, die dem Schutz des ungeborenen Lebens dienen, muß verhindert werden. Selbstbestimmung darf nicht auf Kosten der Schwächsten, nämlich der ungeborenen Kinder verwirklicht werden.

CDU und CSU haben durch zahlreiche Maßnahmen, wie zum Beispiel durch Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und die Stiftung "Mutter und Kind", die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß keine Frau alleine deswegen, weil sie ein Kind bekommt, in eine ausweglose soziale Notlage geraten kann und deshalb in Erwägung zieht, eine Schwangerschaft abubrechen. Diese Politik, die dem Prinzip "helfen statt strafen" verpflichtet ist, werden wir fortsetzen.

23. Wir eröffnen den Frauen neue Wege in Familie und Beruf

CDU und CSU sind davon überzeugt, daß das Ziel einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht nur erreicht werden kann, wenn Frauen auf allen Ebenen und in allen Bereichen unserer Gesellschaft an verantwortlicher Stelle mitwirken. Wir treten für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Erwerbsleben ein, aber wir kämpfen ebenso gegen jede Benachteiligung der Frauen, die sich für die Aufgaben in der Familie und die Erziehung der Kinder entschieden haben.

CDU und CSU haben in dieser Legislaturperiode das Zweiklassen-Recht des Mutterschaftsurlaubsgeldes abgeschafft und ein Erziehungsgeld mit Beschäftigungsgarantie eingeführt, das alle Frauen erhalten. Sie haben mit der Einführung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung das Unrecht beseitigt, daß die Tätigkeit von Müttern in der Rentenversicherung unberücksichtigt blieb.

Frauen und Männer wollen Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren können. Die Bundesregierung hat die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Teilzeitarbeit grundlegend verbessert. Jetzt muß es darum gehen, Teilzeitarbeit in der Praxis stärker durchzusetzen.

Durch flexible und maßgerechte Arbeitsbedingungen müssen Männern und Frauen die Wahrnehmung familiärer Aufgaben neben der Berufstätigkeit erleichtert werden. Familienfreundliche Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe für Erwerbstätige, die kleine Kinder haben, ein vermehrtes Angebot von Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit sind ebenso unverzichtbar wie flexible Öffnungszeiten der Kindergärten und der öffentlichen Ämter. Wir müssen Brücken bauen zwischen Familie und Arbeitswelt.

Frauen, die nach längerer Berufsunterbrechung zugunsten der Familie wieder in den Beruf zurückkehren wollen, werden wir den Anschluß an ihre erlernte berufliche Tätigkeit erleichtern oder die Aufnahme einer neuen Tätigkeit fördern, in der sie auch die in der Familie gewonnenen Erfahrungen nutzen können.

Wirtschaft und öffentlicher Dienst müssen Frauen gleiche Chancen bei der Einstellung und Beförderung geben. Teilzeitarbeit darf nicht die Abkoppelung von jedem beruflichen Aufstieg zur Folge haben. Wir werden dafür eintreten, daß bei der Besetzung von Gremien und leitenden Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft Frauen in einem Maße berücksichtigt werden, das sich an ihrem Anteil, ihrem Einsatz und ihrer Leistung orientiert.

Bei der Einführung neuer Technologien werden wir dafür sorgen, daß sich gerade für Frauen auch neue Chancen ergeben: Eine qualifizierte Ausbildung ist für Frauen unabdingbare Voraussetzung dafür, daß sich ihre Berufschancen bei der Einführung neuer Technologien nicht verschlechtern.

24. Wir geben der Jugend Perspektiven für die Zukunft

Politik muß sich auch an den Idealen, Erfahrungen, Bedürfnissen und Lebensverhältnissen der Jugend orientieren. Unsere Politik hat die Zukunftschancen junger Menschen entscheidend verbessert. Aus Resignation und Verweigerung, aus Angst vor der Technik, die noch vor wenigen Jahren die Köpfe und Herzen junger Menschen beherrschten, wurde Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft. Die Jugendlichen orientieren sich wieder an der Leistung, sehen und nutzen die Chancen neuer Techniken, haben wieder Vertrauen in die eigene Kraft und engagieren sich für das Gemeinwesen.

Politik für junge Menschen erschöpft sich nicht in Jugendpolitik; unser gesamtpolitische Konzept eröffnet gerade auch jungen Menschen Zukunftsperspektiven.

- Wir haben mit unserer Politik dafür gesorgt, daß fast alle Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, auch eine bekommen. Angesichts der geburtenstarken Jahrgänge, die 1983 eine Berufsausbildung begonnen haben und nun auf den Arbeitsmarkt drängen, sind zusätzliche Anstrengungen notwendig.
- Immer mehr Jugendliche wollen in einem selbständigen Beruf Bestätigung und Erfüllung finden. Unsere Wirtschaft ist auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen; dies gilt für Arbeitnehmer ebenso wie für Unternehmer. Der Wille zur Selbständigkeit und die Bereitschaft junger Menschen, Risiko zu übernehmen, wird durch unsere Förderungspolitik für Existenzgründungen unterstützt.
- Wir brauchen und wollen die Mitarbeit der Jugend. Denn ihre Phantasie und Kreativität, ihr Eintreten für soziale Gerechtigkeit und die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte, ihr Idealismus sind unverzichtbar, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. An lohnenden Zielen fehlt es nicht.

- Die Jugend hat ein Anrecht auf die solidarische Hilfe der älteren Generation. Sie hat aber auch die Pflicht, Aufgaben zu übernehmen und unsere Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Schule, außerschulische Jugendbildung, die Arbeit der Jugendverbände sollen in besonderer Weise dieses Verantwortungsbewußtsein wecken und stärken.
- Unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung ist es wert, verteidigt zu werden. Die allgemeine Wehrpflicht ist für unsere Verteidigung unerläßlich. Durch ein Höchstmaß an Wehrgerechtigkeit wollen wir die Bereitschaft der jungen Menschen zu diesem Dienst stärken. Hierzu streben wir eine deutliche Besserstellung der wehrpflichtigen Soldaten an.
Wir respektieren die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und erkennen die Leistungen der Zivildienstleistenden für unsere Gesellschaft an.

Unsere Gesellschaft ist gleichermaßen angewiesen auf die Lebenserfahrung der Älteren und die zupackende Mitarbeit der jungen Generation. Zu dieser Mitarbeit für unser Land und seine Menschen fordern wir die Jugend auf.

W A H L A U F R U F

Die Bundesrepublik Deutschland steht an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend.

Die Bundestagswahl am 25. Januar 1987 ist eine Schicksalswahl von historischer Bedeutung.

Zu unserer Politik der geschichtlichen Erfahrung, der freiheitlichen Orientierung, der deutschen Verantwortung gibt es keine ernsthafte demokratische Alternative.

CDU und CSU haben nach 1945 gegen den erbitterten Widerstand der SPD mit der Sozialen Marktwirtschaft und mit der Einbindung in das westliche Bündnis die Grundlagen dafür geschaffen, daß wir seit über 40 Jahren in Wohlstand, Frieden und Freiheit leben.

Wir haben seit 1982 die Bundesrepublik aus einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise herausgeführt und wieder ein solides Fundament für eine gute Zukunft geschaffen.

CDU und CSU haben sich stets allen Herausforderungen gestellt und auch größte Schwierigkeiten gemeistert.

Wir werden mit Mut und Verantwortungsbewußtsein unserem Volk eine gute Zukunft sichern und vor allem der Jugend Perspektiven der Hoffnung und der Zuversicht geben.

Wir wollen gemeinsam mit den Bürgern unseres Landes die wirtschaftlichen Grundlagen festigen, die soziale Sicherung bewahren, unsere Umwelt schützen, die Freiheit nach innen und außen sichern und den Frieden erhalten. Wir wollen, daß unser Land ein moderner, leistungsfähiger und menschlicher Industriestaat bleibt.

Vor uns liegen große Aufgaben. Deshalb braucht die Bundesrepublik Deutschland eine stabile parlamentarische Mehrheit und eine handlungsfähige Regierung. Die Regierung Helmut Kohl muß bleiben. Zu ihr gibt es keine Alternativen.

Die CDU mit Helmut Kohl und die CSU mit Franz Josef Strauß haben einen neuen Anfang gemacht. Unser Land ist auf einem guten Weg. Wir wollen, daß dies auch in Zukunft so bleibt. Darum bitten wir die Bürger um ihre Stimme. Deshalb rufen wir alle Deutschen auf: Geben Sie Ihre Erststimme und Ihre Zweitstimme CDU und CSU.